

# Niedersächsischer Landtag

## Sitzung: 13. Juli 2006

(Seite 1)

Tagesordnungspunkt 33:

Erste Beratung:

### Optimierung vorhandener Pflegestrukturen

- Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
- Drs. 15/3021

vereinbarungsgemäß zusammen auf.

Zur Einbringung erteile ich Frau Kollegin Groskurt von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Groskurt!

**Ulla Groskurt (SPD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Großen Ankündigungen der Landesregierung, Hilfe und Betreuung für Menschen mit demenziellen Erkrankungen zu verbessern, sind leider keine Taten gefolgt.

(Angelika Jahns [CDU]: Das stimmt aber nicht!)

Der Antrag der SPD-Fraktion fordert zum wiederholten Male von der Landesregierung, notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Hilfen für demenziell Erkrankte zu ergreifen. Diese Maßnahmen haben Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, schon 2002 gefordert, dann aber leider vergessen, sie selbst durchzuführen. Nachdem wir Sie heute daran erinnern, kann ich für die SPD-Fraktion davon ausgehen, dass Sie unserem Antrag zustimmen werden. Denn auf der Grundlage des Landespflegeberichtes, der von rund 100 000 an mittlerer und schwerer Demenz erkrankten Menschen in Niedersachsen sowie von einer deutlichen Zunahme bis 2020 um rund 39 000 Menschen ausgeht, besteht dringender Handlungsbedarf. Das steht übrigens auf Seite 41 des Landespflegeberichtes. Das sage ich freundlicherweise deshalb, damit Sie nicht wieder wie im letzten Plenarsitzungsabschnitt nach den Pflegeausbildungszahlen hektisch suchen müssen, die bei Ihnen etwas durcheinander geraten waren.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!)

- Genau! Das ist doch ein guter Vorsatz, oder?

Dass die Versorgung der Demenzkranken zu verbessern und ihnen möglichst lange ein würdevolles und entsprechend ihren noch vorhandenen Fähigkeiten erfülltes Leben zu ermöglichen ist, ist unstrittig.

Nach Schätzungen sind in der stationären Altenpflege etwa 60 % der Bewohnerinnen und Bewohner an einer Demenz erkrankt. Die alltägliche Begleitung von Menschen mit Demenz stellt viele Mitarbeitende in Altershilfeeinrichtungen und auch Angehörige vor große Probleme. Vor allem dann, wenn Aggressionen, ein erhöhter Bewegungsdrang, starke Orientierungsprobleme, ein hohes Maß an Selbst- oder Fremdgefährdung auftreten, stehen Pflegendе und Begleitung demenzkranker Menschen diesen hilflos gegenüber.

**(Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)**

Großer Wert muss bei der Pflege darauf gelegt werden, dass die Begleitung von Menschen mit Demenz darauf abzielt, sie sozial zu integrieren. Es kommt darauf an, die Menschen mit Demenz als Gegenüber ernst zu nehmen und ihre Befindlichkeit und ihr Erleben zu ergründen. Nicht nachvollziehbares Verhalten erweist sich oft als unverstandenes Verhalten.

Der Blick muss weg von den Defiziten der Erkrankung hin auf die ihnen verbleibenden Kompetenzen gerichtet werden. Werden diese vermehrt genutzt, können sie zugleich gestärkt werden. Zu den Hauptmerkmalen einer solchen Versorgung gehören bedürfnisgerechte Koordination und Vernetzung von Leistungen, Akteuren und Kostenträgern. Alle, die in der Politik Verantwortung tragen, müssen sich darüber einig sein, dass eine Verbesserung der Versorgungssituation, insbesondere von demenziell erkrankten Menschen, dringend erforderlich ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Das Spektrum der Probleme, die angegangen werden müssen, um zu einer durchgreifenden Verbesserung zu kommen, ist groß. Dies zeigt auch der vorliegende Landespflegebericht. Aus dem sich verändernden und künftig weiter verschiebenden Altersaufbau der Bevölkerung erwachsen vielfältige Handlungserfordernisse in Politik und Gesellschaft.

Alten Menschen gebührt die Solidarität der Gesellschaft. Sie haben den Anspruch und das Recht darauf, ein möglichst selbständiges, selbstbestimmtes Leben als geachtete und gleichwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu führen.

(Zustimmung bei der SPD)

# Niedersächsischer Landtag

## Sitzung: 13. Juli 2006

(Seite 2)

Aufgabe der Politik ist es, die für ein aktives und kompetentes Altern notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Den alten Menschen, die krank, hilfe- oder pflegebedürftig sind, muss die Politik die notwendige Unterstützung und den gebotenen Schutz bereitstellen. Der Erhalt der individuellen Würde bis zum Lebensende ist dabei Grundlage aller Bemühungen. Die Bedingungen für die Pflege alter Menschen zu verbessern und zu sichern, muss Ziel der Politik sein. Die Forderungen in unserem Antrag zeigen hier Lösungen auf.

Zu Nr. 1: In der Praxis hat sich gezeigt, dass insbesondere ein hoher Bedarf für ein unbürokratisches niedrigschwelliges Angebot zur Betreuung der dementen Pflegebedürftigen und zur Entlastung der pflegenden Angehörigen besteht. Oft erleichtern gerade diese niedrigschwelligen Angebote den pflegenden Angehörigen den für sie schweren Schritt, erstmals Hilfen von außen in Anspruch zu nehmen.

In den Parlamentsferien habe ich in einer Tagespflegeeinrichtung für demenzkranke Menschen gearbeitet. Es war zwar nur eine Woche, aber die hat mir sehr deutlich gemacht: Das ist das optimale Angebot, wenn sich Erkrankte und Angehörige mit der Erkrankung auseinander setzen müssen. Es ist für die Angehörigen eine zeitliche Entlastung - sie können ihren Alltag häufig mit Berufstätigkeit fast uneingeschränkt bewältigen - und auch eine psychische Entlastung, den Erkrankten nicht stationär in ein Pflegeheim abgeschoben zu haben. Der Erkrankte wird morgens zu Hause abgeholt und abends wieder nach Hause gebracht. Er hat eine geregelte Tagesstruktur, in der er sich mit seiner Erkrankung gut zurechtfinden kann, in der er gefördert und gefördert wird. Dieser Tagesablauf gibt ihm das Gefühl eines Arbeitsalltags, verbunden mit der Wahrnehmung einer gewissen Normalität.

Zu Nr. 2: Rahmenbedingungen und Pflegekonzepte gerade in stationären Einrichtungen müssen zunehmend auf die Bedürfnisse Demenzkranker abgestimmt werden. Architektonisch notwendige Umbaumaßnahmen zur bedarfsgerechten Betreuung Demenzkranker in gesonderten Wohnbereichen lassen sich in ganz normalen Pflegeheimen erfolgreich realisieren. Auf Seite 376 des Landespflegeberichts heißt es

(Unruhe)

- ich bitte die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, jetzt einmal zuzuhören -:

„Nach Kenntnisstand des Ministeriums steht zu vermuten, dass derzeit erst ein nicht näher bekannter Teil der Pflegeheime ihre innerbetriebliche Organisation, die Wohnbedingungen und die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner auf die neuen Erkenntnisse und Erfahrungen im Umgang mit dementen alten Menschen umfassend ausgerichtet hat.“

Das kann aus meiner Sicht nicht einfach so hingenommen werden.

(Zustimmung bei der SPD)

„Es steht zu vermuten“ gibt eindeutig den Auftrag, hier zu recherchieren. Dies ist vor allem deswegen erforderlich, weil einen Absatz später auf Seite 377 zu lesen ist:

„Zudem zeigen gelungene Beispiele von Heimen mit konventioneller Bauweise aus früheren Jahrzehnten, dass bereits mit vergleichsweise geringen Eingriffen in die Bausubstanz und durch entsprechende Milieugestaltung der Wohn- und Aufenthaltsbereiche erhebliche Verbesserungen erzielt werden können.“

Ich kann nicht nachvollziehen, weshalb Sie, geehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, das Ministerium da noch nicht in Ihrer freundlichen Art gebeten haben, aktiv zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Zu Nr. 3: Um der Herausforderung durch die demografisch bedingt wachsende Anzahl demenzkranker alter Menschen auf Dauer gerecht werden zu können, bedarf es jedoch einer gesellschaftlich breit angelegten Informations- und Qualifizierungsaktion.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Für eine angemessene Versorgung hochaltriger und demenzkranker Menschen ist der Einsatz besonders geschulten Pflegepersonals unverzichtbar. Um den Kenntnisstand der Helferinnen und Helfer auf ein landesweit etwa einheitliches Niveau zu bringen und um grundsätzlich auch zur Qualitätssicherung niedrigschwelliger Angebote beizu-

# Niedersächsischer Landtag

## Sitzung: 13. Juli 2006

(Seite 3)

tragen, müsste das Land die Entwicklung von Eckpunkten eines Curriculums zur Qualifizierung unterstützen - eine Maßnahme, die in Nordrhein-Westfalen bereits durchgeführt wird.

Zu Nr. 4: Die Demenzforschung muss in Zusammenarbeit mit entsprechenden Institutionen unterstützt werden, um über Fakten als wichtige Entscheidungshilfen für die weitere Verbesserung der Situation von Hilfe- und Pflegebedürftigen zu verfügen.

Zu Nr. 5:

(Anhaltende Unruhe)

### Vizepräsident Ulrich Biel:

Bitte einen Augenblick, bevor Sie zu Nr. 5 kommen! - Meine Damen und Herren, können wir uns darauf einigen, dass nur eine oder einer das Wort hat? - Danke schön. Fahren Sie fort!

### Ulla Groskurt (SPD):

Ich unterhalte mich sonst ganz gerne.

Zu Nr. 5: Hier möchte die SPD-Fraktion Sie an Ihre Versprechen erinnern, die Bundesmittel unverzüglich weiterzuleiten.

Zu Nr. 6: Der Begriff der Pflegebedürftigkeit, der auf die Verrichtungen des täglichen Lebens abstellt, um Hilfebedarfe, die Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz haben, festzustellen und insbesondere Demenzkranken Leistungen der Pflegeversicherung für ihren allgemeinen Betreuungsbedarf zu gewährleisten, ist unbedingt zu erweitern. Der Gesamthilfebedarf altersverwirrter Menschen geht über den Hilfebedarf in den Bereichen Körperpflege, Ernährung, Mobilität und hauswirtschaftliche Versorgung oftmals weit hinaus. Dieser weitergehende Hilfebedarf liegt außerhalb der gesetzlich vorgesehenen Systematik der Pflegeversicherung. Er hat somit für die Leistungen der Pflegeversicherung keine Bedeutung, obwohl er einen erheblichen Teil des Versorgungs- und Betreuungsaufwands ausmachen kann. Deshalb will die SPD-Fraktion die Notwendigkeit einer Verbesserung der Pflegesituation demenzkranker Menschen bewusst machen. Die Landesregierung muss im Bundesrat eine Initiative mit dem Ziel ergreifen, dass die Pflegeversicherung den allgemeinen Betreuungsaufwand von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz besser berücksichtigt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Pflegenden hängt wesentlich von der Haltung unserer Gesellschaft ab. Wir müssen Demenz und ihre Folgen aus der Tabuzone herausholen und Ängste abbauen. Dazu bedarf es wirksamer Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Niemand kann einen Menschen mit Demenz auf Dauer allein unterstützen. Ein würdiges und erträgliches Leben für die von der Krankheit Betroffenen und die sie pflegenden Personen ist nur dann möglich, wenn Angehörige und professionelle Dienste vor Ort eng zusammenarbeiten und so dazu beitragen, dass das Lebensumfeld den Bedürfnissen der betroffenen Familien einigermaßen entspricht.

(Unruhe)

### Vizepräsident Ulrich Biel:

Augenblick noch einmal, Frau Groskurt! - Fahren Sie fort!

### Ulla Groskurt (SPD):

Danke schön, Herr Präsident. - In Nordrhein-Westfalen gibt es die Landesinitiative Demenzservice, die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stiftung Wohlfahrtspflege und den Landesverbänden der Pflegekassen finanziell unterstützt wird. Ein Schwerpunkt der Landesinitiative liegt im Aufbau von regionalen Demenzservicezentren. Mein Vorschlag ist, dass sich unser Ministerium die Strukturen dort einmal anschaut, sie sich erklären lässt und sie eventuell in Niedersachsen ebenfalls einrichtet.

Wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der Versorgungslandschaft gehen auch von Modellprojekten aus, die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Verbund mit den Landesverbänden der Pflegekassen aufgelegt werden. Wir haben nicht nur die Verantwortung für die demenzkranken Menschen, sondern auch für die sie Pflegenden, für die pflegenden Angehörigen ebenso wie für die professionell Pflegenden. Wir sind in jeder Hinsicht aufgefordert, uns diesem Thema zu stellen - und das mit aller Heftigkeit, weil es sonst zu spät ist. Warten Sie nicht so lange, bis es zu spät ist! Beraten Sie kurz und erfolgreich und stimmen Sie unserem Antrag zu!

# Niedersächsischer Landtag

Sitzung: 13. Juli 2006

(Seite 4)

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt komme ich zu Ihrem Antrag „Optimierung vorhandener Pflegestrukturen“. Ich habe ihn interessiert gelesen in der Hoffnung, wenigstens Lösungsansätze für eine Optimierung von Pflegestrukturen zu finden. Ich habe sie aber nicht gefunden. Eine Optimierung der Strukturen allein ist nun wirklich nicht die Lösung der Probleme. Hohes Alter darf gesellschaftlich nicht nur unter den Aspekten von Krankenversorgung und Hilfebedürftigkeit gesehen werden, das als mit möglichst minimalem Aufwand zu lösendes Problem diskutiert wird. Gerade die Jüngeren, denen in zunehmendem Maße ein hohes Alter als Lebensperspektive bevorsteht, sollten danach fragen, wie Älterwerden erlebt wird und gestaltet werden kann.

Zu Ihrem Antrag ist nicht allzu viel zu sagen, da er eigentlich überflüssig ist. Die Bitten, die Sie darin äußern, sind entweder schon erfüllt - nicht von Ihrer, sondern von der vorherigen Landesregierung - oder unstrittig und warten auf die Ausführungen, die von der derzeitigen Landesregierung kommen müssen. Die Daten, die Sie erfragen, stehen schon im Landespflegebericht. Sie müssten ihn eben nur einmal lesen. Die SPD-Fraktion kann ihn aber auch gerne vorlesen.

Außerdem wurden wir gerade am 15. März und am 24. Mai 2006 ausführlich und umfassend vom Ministerium im Zusammenhang mit dem Landespflegebericht unterrichtet.

In Bezug auf Entbürokratisierung haben Sie zwar schon wortreich versprochen, dass das unbedingt und sofort passieren muss. Bisher aber ist nichts passiert. Leider mussten wir diese Erfahrung schon häufiger mit Ihnen machen.

Ich befürchte, dass Sie bei Ihren Anträgen mindestens eines nicht ganz richtig machen: Sie stellen immer solche Bittanträge. Die gehen der Landesregierung doch am Herzen vorbei.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Bode [FDP]: Das war aber knapp!)

Sie müssen unmissverständlich mit deutlichen Worten fordern und dürfen nicht auf Gutmenschlichkeit setzen. Liebe Kolleginnen und Kolleginnen der CDU und der FDP, ich mache mir Sorgen um Sie.

(Zurufe: Oh!)

Ihre soziale Grundlage geht Ihnen verloren bzw. wird Ihnen weggenommen. Ihre Wirtschafts- und Juristenkollegen versuchen, Sozialpolitik zu machen. Das kann nur schief gehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker haben die Kompetenz. Lassen Sie sich doch nicht beirren! Gehen Sie Ihren sozialpolitischen Weg! Die Demenzkranken können nicht länger auf Barmherzigkeit warten. Sie brauchen Hilfe, und zwar jetzt. Sie dürfen nicht ins Bitten und Betteln abgeschoben werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben einen Anspruch auf Hilfe, den sie selbst nicht formulieren können. Deshalb müssen wir es tun.

Zu Ihren einzelnen Bitten an die Landesregierung komme ich nur kurz. Ihre Bitten können nicht kurzfristig erfüllt werden; das wissen Sie genau. Bei der ausführlichen Unterrichtung und Diskussion zum Landespflegebericht wurde vom sehr kompetenten Vertreter des Ministeriums auf unsere Frage, warum die letzten Erhebungen aus dem Jahre 2003 stammen, deutlich erklärt, es sei nicht möglich, Auswertungen in kürzeren Zeiträumen zu erstellen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das heißt, wenn Sie heute den Antrag stellen, können die Daten erst 2009 zur Verfügung stehen, und auf der Grundlage der dann gewonnenen Erkenntnisse kann gearbeitet werden. Das ist zum einen nicht besonders zielführend, und zum anderen brauchen Sie sich dann sowieso nicht mehr darum zu kümmern, da ab 2008 die SPD die Sozialpolitik wieder in Ihre bewährten Hände nehmen wird.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, ich habe Ihnen hoffentlich deutlich gemacht, dass Ihr Antrag schon erledigt ist und Sie sich die Arbeit sparen können. Stimmen Sie unserem Antrag zu, und alles wird gut bearbeitet. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)